

7. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 17. Mai 1951.

257/J

A n f r a g e

der Abg. P r o b s t, M a r o h n e r, S l a v i k und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend Verpachtung des in öffentlicher Verwaltung befindlichen  
Unternehmens Ala-Ankündler.

..--..--

Zu den Unternehmungen, die als sogenanntes Deutsches Eigentum öffentlich verwaltet werden, gehört auch die Firma Ala-Ankündler. Dieses Unternehmen befasst sich hauptsächlich mit Annoncen-Geschäften. Unter der Ministerschaft des Herrn Dr. Peter Krauland wurde dieses Unternehmen an die Firma Internationale Werbegesellschaft, abgekürzt IWG, verpachtet. Über die Einzelheiten des Pachtvertrages erfuhr man durch eine jüngst stattgefundene Tagsatzung beim Landesgericht Wien folgende bezeichnende Tatsachen:

Der ehemalige Leiter der sogenannten politischen Abteilung im Ministerium des Herrn Dr. Krauland, Herr Regierungsrat Müller, gegen den jetzt beim Landesgericht Wien eine Strafuntersuchung schwebt, hat die IWG auf Zahlung einer 10%igen Provision geklagt. Diese Provision war ihm für den Fall zugesagt worden, dass er die Verpachtung des in öffentlicher Verwaltung befindlichen Unternehmens der Ala an die IWG durchsetzen könnte. Interessant ist auch die Zusammensetzung dieser IWG. Sie gehört zu je einem Drittel dem Österreichischen Bauernbund, dem Österreichischen Wirtschaftsbund und dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund. Die Regierungspartei ÖVP ist durch ihre drei Bünde zu 75 % an der Pachtgesellschaft IWG beteiligt. Das letzte Viertel gehört einem gewissen Herrn Fred Ungart, der als früherer Inhaber einer Werbegesellschaft Publicitas die notwendige Konzession einbrachte.

Bei der Bezifferung seiner Ansprüche behauptete der Kläger Müller, dass die IWG den Inseratenraum der "Neuen Wiener Tageszeitung", des offiziellen Organs des ÖVP-Wirtschaftsbundes, gegen eine monatliche Pauschalsumme von 55.000 S, jährlich also 660.000 S, gemietet hat, was angesichts einer Höchstaufgabe dieser Zeitung von 14.000 Exemplaren täglich praktisch ein Geschenk ist. Dabei zahlt jedoch die IWG an Pachtsumme dem österreichischen Staat jährlich nur 18.000 S bei einem Umsatz von 7 bis 10 Millionen jährlich.

Die gefertigten Abgeordneten wissen, dass diese dunklen Geschäfte noch vom Vorgänger des gegenwärtigen Ressortministers gemacht wurden, Sie erwarten aber vom gegenwärtigen Minister, dass er die Öffentlichkeit über die Korruptionsmachenschaften aufklärt, die daran Beteiligten sofort vom Dienst entfernt und einen die Interessen Österreichs schädigenden Pachtvertrag unverzüglich kündigt. Sie richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, dem Hohen Haus unverzüglich einen Bericht über die Verpachtung der Ala an die Internationale Werbegesellschaft über die personelle Zusammensetzung dieser Gesellschaft, über die Höhe der Pachtsumme und die sonstigen Pachtbedingungen zu geben?

..--..--